

Beilage zum „Elbeblatt und Anzeiger“.

Nr. 56.

Dienstag, den 15. April 1890.

43. Jahrg.

Lagegeschichte.

Über die in Aussicht stehende Militärvorlage bringt die „Post“ anscheinend aus fundiger Feder die nachstehenden Auseinandersetzungen: Bei den kommenden Heeresvorlagen handelt es sich in erster Linie um die völlige Ausgestaltung der beiden neuen Armeecorps und die Ausgleichung aller Abnormitäten, welche bei den älteren Armeecorps durch die Aufstellung jener entstanden sind oder sonstwoher noch bestehen. Es kommen hier die Staatsverhältnisse der Infanterie, die Verbesserung der Feld-Artillerie, der Pioniere, der Train, wie der Fuß-Artillerie in Betracht. Im Reichsland sind zur Zeit noch 7 Infanterie-Bataillone hinsichtlich der Mannschaften auf dem niederen Stat. Die beiden Armeecorps in Ost- und Westpreußen haben überhaupt noch keine Infanterietruppenheile auf dem hohen Stat, was im Interesse der Kriegsversorgung doch hier ebenso erforderlich erscheint als im Reichslande. Bei der Feld-Artillerie handelt es sich darum, alle fahrenden Abteilungen auf 3 Batterien, alle Regimenter auf 3 fahrende Abteilungen zu bringen. Eine Errichtung neuer reitender Batterien steht nicht in Aussicht, dagegen durchgehends die Bildung von Abteilungen zu zwei Batterien, wodurch es nicht nur möglich ist, bei dem jetzigen Stande an reitenden Batterien alle Armeecorps mit reitender Artillerie auszustatten, sondern der Verband soll besser als bisher der kriegerischen Verwendung angepaßt. Die Zahl der neu zu bildenden Abteilungen bzw. Batterien der gesammelten Feld-Artillerie kann darnach leicht berechnet werden. Daß sowohl die Zahl von 100 als von 72 neuen Batterien zu hoch gegriffen ist, ergibt sich ohne Weiteres. Die Aufstellung von 1 Pionier-Bataillon, 3 Train-Bataillonen, 3 Fuß-Artillerie-Bataillonen nebst 2 Regimentsverbänden der leichten würde den Abschluß der durch die Vermehrung der Armeecorps bedingten Maßregeln ausmachen; die betreffenden Vorlagen stehen unbedingt für die erste Tagung des neuen Reichstags in Aussicht. Die sonstigen Militärvorlagen, wie die Aufstellung von einem Reserve-Infanterie-Bataillon und einer Reserve-Escadron in jedem Armeecorpsbereich, und die mit der Aufbesserung der Beamtengehälter im Reich und in Preußen zusammenhängende Gehaltsverhöhung gewisser Offizierklassen, fallen vielleicht mit dem nächsten Reichshaushaltsetat zusammen. Die zunächst kommenden Vorlagen schließen eine wesentliche Vermehrung der Mannschaftsziffer und damit eine Durchbrechung des sogenannten Septennatgesetzes von 1887 in sich. Ob damit die Vereinbarungen auf längere Zeitdauer überhaupt aufgegeben werden, wie man vielfach annimmt, entzieht sich der Beurtheilung.

Über den ersten Mai und die Achtstundensbewegung schreibt die „S.-C.“: Die Arbeitersforderung überstürzen sich derzeit, daß den Führern selbst Bange wird und daß in ihrem eignen Lager der Streit entbrannt ist. Das ungeheureste Attentat auf die persönliche Freiheit von Millionen und den lächerlichsten Besuch, alle Bewußtseuge unter eine einzige Schablone zu bringen, ist wohl die Zumuthung, daß die ganze europäische Unternehmer- und Arbeiterwelt nach der Pfeife einiger in Paris zusammengetretener Agitatoren, die nur zum kleinen Theil wirkliche Arbeiter waren, tanzen und plötzlich am ersten Mai den allgemeinen achtständigen Arbeitstag proklamieren soll! Erfahrungen der Wirtschaftsgeschichte scheinen für den Pariser Arbeitercongress überhaupt nicht existirt zu haben. Wenn es ein Land giebt, wo die Achtstundensbewegung noch am leichtesten hätte Erfolg erzielen können, so waren es die Vereinigten Staaten von Nordamerika, in denen die Forderung: „Acht Stunden Arbeit!“ schon seit Jahrzehnten das Publikum beschäftigt und sogar zur gesetzlichen Einschränkung in den Regierungswerkstätten einiger nordamerikanischer Staaten geführt hat. Aber auch in Amerika wird tatsächlich in der Regel zehn und nicht acht Stunden gearbeitet und die große Bewegung, welche in Amerika im Jahre 1886 auch mit dem 1. Mai beginnen sollte, ist dort länglich im Sande verlaufen. Wenn es nach den Befehlen des neuernannten Reichstagsabgeordneten Schippel anstatt nach den älteren erfahreneren Führern der Sozialdemokratie gehen sollte, so würde der erste Mai und die Achtstundensbewegung auch in Deutschland in eine große Blamage für die Arbeiterwelt hinauslaufen und das kann kein Freund der Arbeiter wünschen. Man kann die Arbeiter nur vor Überschätzung ihrer Macht und vor Enttäuschungen warnen und ihnen raten, ihre gegenwärtige günstige Lage nicht durch geringere Leistungen und durch eine Herabminderung der Güterproduktion zu verschwärzen. Die internationale Arbeiterschutz-Conferenz muß doch alle Arbeiter über-

zeugt haben, daß man ihnen gern alle möglichen Eileiterungen verschaffen will, aber an eine schablonenhafte Feststellung der Arbeitszeit gar nicht zu denken wagt. So lange man aber in England und Amerika zehn Stunden und in anderen Ländern 11, 12 und mehr Stunden täglich arbeitet, wäre es geradezu ein selbstverständliches Beginnen, allen deutschen Arbeitgebern die achtständige Arbeitszeit plötzlich aufzudrücken zu wollen. — Beiträge Arbeitszeit könnte einen vorübergehenden Vorheil nur Denjenigen bringen, welche feste Wochenlöhne beziehen und die Höhe derselben garantiert erhalten. Aber welcher Arbeitgeber kann dauernd hohe Löhne garantiren? Alle im Acco dienst beschäftigten Personen haben ein starkes Interesse, daß die Arbeitsstunden nicht unnötig eingeschränkt werden. Auch den Millionen Männer und Frauen, die auf industrielle Haushaltarbeit angewiesen sind, könnte eine allgemeine achtständige Arbeitszeit nicht das Mindeste nützen. Es wäre schon ein großer Fortschritt, wenn man, wie in der Schweiz, auch in Deutschland die hier und da noch auf 13, 14 und mehr Stunden ausgedehnte Arbeitszeit auf eine Arbeitszeit von 11 Stunden herabdringen könnte. Die Achtstundensbewegung kann gegenwärtig die Bewilligungen für einen Arbeitstag von 11 Stunden nur durchzusetzen und schließen.

Deutsches Reich. Entsprechend den Weisungen des Kaisers verfügte nach den „R. R. R.“ Minister v. Herfurth, daß die Demonstration am 1. Mai polizeilich möglichst ungehindert bleibe, nur äußersten Falles sei einzuschreiten. Der Kaiser stellte dem Fürsten Bismarck seinen Besuch in Friedrichshafen in Aussicht.

Glaubwürdig wird versichert, daß der Kaiser dem Grafen Herbert Bismarck bei seinem jüngsten Besuch wiederholt einen Botschaftsposten angeboten hat, doch dieser aber vorläufig ablehnte. Dessen ungeachtet ist es sehr wahrscheinlich, daß Graf Bismarck in absehbarer Zeit als Botschafter Verwendung finden und später auf diesem Umwege als Leiter in's Auswärtige Amt zurückkehren wird. Kaiser Wilhelm trug ihm viele Grüße an den Fürsten und die Ansage für einen baldigen Besuch in Friedrichshafen auf. Der Kaiser und Graf Bismarck verkehrten in auffallend herzlicher Weise.

Am Sonntag oder Montag wollte Prinz Heinrich mit dem deutschen Geschwader in Lissabon eintreffen, woselbst er dem portugiesischen Königshof einen Besuch abstattet. Nun ist die Königin Amalie eine Tochter des Grafen von Paris und als eine echte Orléans auf Deutschland nicht gut zu sprechen. Die Nachricht des „S.-C.“, daß die Königin zwar leidend gewesen, jetzt aber wieder ausgehen dürfe, aber noch freiwillig einige Tage das Zimmer hüten wolle, um den Prinzen Heinrich nicht empfangen zu müssen, hat daher viel innere Wahrscheinlichkeit.

Der Kaiser hat den Handelsminister v. Berlepsch und den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Marschall v. Bieberstein zu Bevollmächtigten zum Bundesrat für Preußen ernannt.

Die Zusammenkunft von Caprivi, Kalnoky und Grispi, welche wir schon erwähnt haben, wird laut dem Londoner „Standard“ Ende Mai in Karlsbad stattfinden.

Aus unterrichteten studentischen Kreisen geht Berliner Blättern die Nachricht zu, daß die gesammelte Berliner Studentenschaft in nächster Zeit zu Ehren des Fürsten Bismarck einen großen Commerz zu veranstalten gedenkt. Es haben sich die „Schlagenden Couleure“ der Berliner Universität zusammengethan, um die Feier in würdiger Weise ins Werk zu setzen. Ursprünglich war beabsichtigt, die Alma Mater durch eine Abordnung bei dem Fürsten Bismarck vertreten zu lassen; aber man nahm aus Rücksicht darauf, daß der Fürst gerade in letzter Zeit durch verartete Kundgebungen vielfach in Anspruch genommen wurde, davon Abstand.

In der sozialistischen Partei wird fortgesetzt trotz der Säuerungen und Ablösungen des Abg. Liebknecht an vielen Stellen für eine Arbeitseinstellung am 1. Mai agitiert. So geschah es auf dem Verbandsitag der sozialistischen Glasvereine in Halle in diesen Tagen. Ebenso hat eine Generalkommission sozialistischer Arbeiter Magdeburgs sich für eine Arbeitseinstellung erklärt.

Ein Freund der „Post“ schreibt derselben unter dem 9. d. M. aus San Remo: Gestern war der Geburtstag des Grafen Waldersee. Man merkte, daß etwas besonderes im Hotel Quisisana stattfinden müsse. Unaufhörlich begaben sich Post- und Telegraphenbeamte in dasselbe. Über dreißig Telegramme und

mindestens ebenso viele Briefe sollen für den Grafen abgegeben sein. Wie ich heute erfahren, sandte auch unser Kaiser ein Glückwunsch-Telegramm und Seine Majestät soll dem Grafen eine von Solzmann gezeichnete norwegische Landschaft zum Geburtstage geschenkt haben. Der General verläßt heute San Remo und wird sich, wie verlautet, zunächst nach Turin begeben.

Italien. Ein am Sonntag in Rom stattgefundenes, Tausende von Teilnehmern zahlendes Meeting beschäftigungloser Arbeiter wurde wegen aufreizender Reden aufgelöst. Die auseinander gehende Menschenmenge wurde wegen des Besuchs von Ansammlungen von den Truppen zerstreut. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der Papst drabsticht, an die Rantien und Bischofskirchen zu richten, in welchen er die Ansicht ausspricht, daß die künftige Papstwahl in Rom stattzufinden habe; das Biskopat sagt ferner, der Papstliche Rom nicht verlassen, um nicht das Interesse des Papstthums auf Rom und dessen Gebiet zu unterschreiten.

Oesterreich. Die durch die Erzölle veranlaßten polizeilichen Maßnahmen sind am Sonntag mit Polizei-Gesetz aufgehoben worden.

Schweiz. Der schweizerische Bundesrat hat die Bildung von vorläufig 4 Kompanien Festungsartillerie beschlossen, von denen eine für Altdorf, eine für Unterwalden und eine für die Oberalp, den Gotthard und den St. Gotthards-Pass bestimmt sind.

Belgien. Die Aufnahme einer 150 Millionen betragenden dreiprozentigen Congo-Anleihe unter belgischer Staatsgewähr wird geplant. Der Entwurf wird demnächst der Kammer zugehen. — Bekannt besteht überhaupt die Absicht, den bisher nur der Personalunion mit Belgien verbundenen Congo zu einer belgischen Kolonie zu machen. Ob Belgien bei gut führen wird, steht dahin.

Spanien. In der Deputiertenkammer brachte Abgeordneter Alix die Unruhen in Valencia in Sprache; er behauptete, die Stadt Valencia habe während vorder 7 Stunden in den Straßen der Laufzähler befunden. Der Minister des Innern gab seiner Gouverneur dem Bedauern der Regierung auf diese Vorgänge Ausdruck, die sie nicht verhindern konnte. Die Nachrichten in den Zeitungen seien übertrieben. Einige der Brandstifter seien verhaftet worden.

Türkei. Wie die „Agence de Constantine“ meldet, hat der Sultan ein Trade-Ministerium, d. welches er seine oberherrliche Genehmigung zu dem zwischen dem Finanzminister und einem internationalen Konsortium abgeschlossenen Uebereinkommen betreffs Conversion der Prioritäten und Emission eines Chelebens unter der Bedingung ertheilt, daß von den 7½ Millionen Pfund Sterling zur Conversion der Prioritäten vereinbart wurde, 1½ Millionen mit 75 statt, wie alles Uebrige, mit 75 Prozent zur Emission gelangen sollen. Von den verbleibenden 8½ Millionen sollen 2½ Millionen zur Conversion der intakten Schuld verwendet werden und 1 Million zur Befreiung des Schatzes bleiben. Sir Edgar Vincent soll Namens der beiheiligen Bankhäuser die Bedingungen angenommen haben.

Neue Patente.

Bericht des Patent-Bureau von Serson & Gagge, Berlin. Die Firma erhält Abonnements-Ausstände über Patente, Modelle- und Markenschutz gratis!

Un seinem durch Preßluft betriebenen Werkzeug bringt Siegfried in Berlin einen Handgriff (Pat. 51 127) an, welcher so eingerichtet ist, daß die Luftpumpe von dem Werkzeuge abgesperrt, wie auch zur Inbetriebsetzung des Werkzeuges wieder zum Einströmen gebracht werden kann. Auf dem am äußeren Ende des Werkzeuges befestigten Gasrohr löst sich lustiglich ein Handgriff verschieben, der den Schlauchstutzen drückt. Drückt man zur Benutzung des Werkzeuges auf den Handgriff, so tritt der Schlauchstutzen der Durchbohrung des Gasrohrs gegenüber, die Preßluft strömt und das Werkzeug wird in Bewegung gesetzt.

Zum gefahrlosen Austauscheln der Schieber von Maschinen, Wellenleitungen und dergl. dient die Vorrichtung (Pat. 51 186) von G. F. Dennell Mindelheim. Dieselbe besteht aus einem an langen Rohr montirten Schnabel, dessen durch Zusammengedrückte Theile mittels eines Hebels auseinandergezogen werden. Zum Einfüllen Schieberbüchse löst man den Winkelhebel los und dieselbe aus ihrer Bohrung heraus.